

KAPITALISTISCHE MONOPOLE IN UNGARN

Prof. Dr. PÁL HORVÁTH

Das Überhandnehmen der Monopole in der Zeit der Weltwirtschaftskrise in Ungarn

Wollen wir uns im Zusammenhang mit der Durchführung des Gesetzes XX v. J. 1931 von der Lage der Monopole überzeugen, dann müssen wir mit dem Inkrafttreten des Gesetzes beginnen. Die im Gesetz vorgeschriebene 45 tägige Anmeldefrist war am 30. November 1931 abgelaufen. Über die eingegangenen Angaben refrierte der Bericht des Justizministers.¹ Bis zum Ablauf des Termins reichten 242 Kartellformationen ihre Gründungsurkunden ein. Die Zahl deckt sich mit der Wirklichkeit nicht ganz, denn einige der gemeldeten Kartelle haben auch andere Vereinbarungen getroffen. Die wirkliche Zahl der angemeldeten Kartellformationen war somit 256. Der Bericht stellte fest, daß es vermutlich noch viele Vereinbarungen gab, die auf grund geheimer Übereinkommen oder ergänzender Verträge existierten. Diese Zahl ist jedenfalls eine Überraschende Tatsache gegenüber Argumenten, die während der Gesetzesdebatte zu hören waren. Dort würde nämlich behauptet, daß es in Ungarn letzten Endes keine solchen Monopole gäbe, und wenn solche doch existierten, dann kann ihre Zahl kaum auf 70—80 geschätzt werden. Auf Grund der Anmeldungen stellte es sich aber heraus, daß die Mehrheit der Kartelle schon nach dem Jahre 1920 und das Ziegelkartell noch früher entstanden sit. Diese Berichte verraten vom Zustand der ungarischen Monopole nach dem ersten Weltkrieg sehr viel. Unter den hier vorkommenden angemeldeten Kartellen haben 71 internationale Beziehungen. So gilt auch die Behauptung nicht, daß die ungarischen Monopole ihre eigene Existenz dem ausländischen Wettbewerb gegenüber zu verteidigen hatten. Unter den angemeldetem Kartellen mit internationalen Beziehungen gab es 7 Vereinbarungen, die sich sozusagen auf die ganze Welt erstreckt haben. Hierbei handelte es sich um das Glühlampen-, Petroleum-, Schienen-, Zuckerkartell, zwei chemische Kartelle und ein Kautschukkartell.

Aus den weiteren Angaben geht hervor, daß die Zahl der Kartelle, die sich auf näherliegende Staaten erstrecken, 21 ist. Ihre Verteilung ist die folgende: 6 Eisen-, 7 Chemie-, 2 Glas-, 4 Baukartelle und auf andere Industriezweige beziehen sich 2 Kartelle. 34 Kartelle richteten sich auf die Teilung des ungarischen Marktes und des Exportes oder nur auf die

Teilung des Exportes aus. Dabei handelte es sich um Monopole, welche hauptsächlich den Export in die unterentwickelten Staaten des Balkans schützten, monopolisierten. Diese Monopole brachten auch in den schwersten Jahren der Krise einen großen Nutzen. Die 71 Kartelle mit internationalen Beziehungen unterteilten sich nach ihren Fachgebieten folgenderweise: es gab 30 Eisen-, Maschinen- und Metallkartelle, 16 Chemie-, 7 Bau-, 4 Glas-, 4 Kautschuk-, 3 Elektro-, 3 Papierkartelle und 4 Kartelle anderer Industriezweige. Die 160 sich nur auf Ungarn beziehenden Kartelle teilen sich territorial und fachlich folgendermaßen auf: 135 Kartelle erstreckten sich auf das Gebiet des ganzen Landes, die übrigen nur auf ein begrenztes Gebiet. Die Zahl der Kartelle der Schwerindustrie betrug 59. Sie gehörten zur Eisen-, Metall-, Maschinen-, und Elektroindustrie. Innerhalb der Chemieindustrie gab es 29, in der Bauindustrie 10 Vereinbarungen. Die anderen Vereinbarungen verteilten sich auf mehrere Industriezweige.

Die 185 von den ungarischen Unternehmen miteinander abgeschlossenen Vereinbarungen verteilten sich folgendermaßen: 90 von ihnen waren quotale, 30 Preis-, 19 Kontingent-, 30 verschiedene Verbots, und 15 sonstige Kartellvereinbarungen. Es ist charakteristisch, wie diese Vereinbarungen unter den Industriezweigen aufgeteilt waren. Von den angemeldeten Kartellformationen gehörten 69 zur Schwerindustrie, 35 zur pharmazeutisch-chemischen Industrie, 18 zur Bau-, 6 zur Papier-, 13 zur Textil-, 18 zur Elektro-, 3 zur Gummi-, 3 zur Leder- und 2 zur Glasindustrie. Die übrigen waren sonstige Kartellformationen.

Diese Zahlen zeigten schon, daß die Monopole nicht unvergleichbar weit von der deutschen oder österreichischen Lage entfernt waren. Eine sehr interessante Angabe, die ebenfalls in diesem zusammenfassenden Bericht vorkommt, ist, daß die im Kartellvertrag vereinbarten, oder vom Gewählten Gericht bestimmten Pönalien sehr hoch waren und sogar 100–150 000 Pengő erreichen konnten. Diese Zahlen sprechen davon, daß sich auch die Grenze des erreichbaren Gewinns um eine ähnlich große Summe bewegen, oder sie noch übertreffen konnte. Es ist demnach zu verstehen, warum sich der Geist des Gesetzes so elastisch und den Interessen der Monopole entsprechend gestaltet hat.

Die Sitzung der Kartellkommission vom 29. Juni 1934 hat der Kommission nach Erörterung der konkreten Kartellfragen die neugegründeten und angemeldeten Kartellformationen unterbreitet.² Es wurde z.B. als 494. Kartell der Bäckerwerbekartell eingetragen. Das 496. Kartell war die Sodawasservereinigung in Kecskemét, das 499. war die Vereinigung für Elektrizitätsleistungen, das 504. war die Vereinigung zur Übernahme der tierischen Häute, das 505. das Paprikakartell, das 508. die Vereinigung zum Vertrieb der Kolbenringe, das 509. Kartell war die Gummifadenvereinigung und das 515. die Erdölvereinigung. Das Gesetz war kaum 2 Jahre alt, als die Zahl der angemeldeten Kartelle schon mehr als 500 ausmacht. Das ist ein sprechender Beweis dafür, daß die Ausbreitung der Monopole, mit oder ohne Gesetz, gar nicht mehr verhindert werden konnte.

Auch die Angelegenheit des Kohlensäurekartells vor der Preiskommission macht die Monopolbildung noch deutlicher. Schon zur Zeit der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gab es zwei Fabriken, und zwischen ihnen bestand schon damals eine kartellähnliche Vereinbarung. Nach dem ersten Weltkrieg waren 4 Fabriken in Betrieb: die Favorit Kohlensäurefabrik AG, die Kohlensäurefabrik der Vereinigten Maschinen- und Metallwarenfabrik, die D. Jenő Wagner Kohlensäurefabrik AG und die Budapester Kohlensäurefabrik. Diese Fabriken schlossen schon im Jahre 1922 bezüglich des Verkaufs und Transports ein Abkommen ab. Das Monopol setzte seine Preispolitik bis 1926 hemmungslos fort. Später wurden neue Fabriken gegründet. So geschah es, daß im Jahre 1927 die Hydrogen AG das Monopol schon stark gefährdet hat. Das Kartell trat aber in demselben Jahr mit den neuen Fabriken in eine Interessengemeinschaft, und das Monopol existierte ruhig weiter.

Im Jahre 1931 erschienen weitere Kohlensäurefabriken auf dem Kampfplatz; das Kristallbrunnenunternehmen der Sankt Lukas Bad AG, 1931 die Sodawasserfabrik Union, im selben Jahr die Kaposvarer Zuckerfabrik der Landwirtschaftsindustrie AG, die Likörfabrik J. Zwack und Co., 1932 haben die Bierfabriken Dreher und Hagenmacher eine Kohlensäurefabrik gegründet. Aus dem Bericht der Preiskommission geht hervor, daß solange die Kapazität der 4 Fabriken 1922 pro Stunde 820 kg war und sie in den Jahren 1926–27 um 140 kg (2 neue Fabriken), 1931–32 um 165 kg (5 neuere Fabriken) erhöht hat, die 11 Fabriken im Jahre 1932 pro Stunde 1125 Kohlensäure erzeugt haben. Demzufolge hätten die Fabriken im Falle einer fortdauernden Produktion jährlich 8 100 000 kg erzeugen können, aber der heimische Bedarf lag insgesamt nur bei 1 500 000 kg. Das Monopol versuchte den Wettbewerb mit der Stilllegung einiger Fabriken im Gegengewicht halten. Die Kohlensäurefabrik „Union“ und die Kohlensäurefabrik der Kaposvárer Zuckerfabrik wurden stillgelegt. Dieser Entscheid hat also den Fabriken das Recht der Gewerbeausübung entzogen. Zu einem Eingriff konnte es natürlich nicht kommen, denn die Eigentümer hatten ihre Betriebe auf Grund eines Abkommens stillgelegt. Die Lage wurde 1932 durch den Betrieb Dreher-Hagenmacher weiter erschwert. Der verschärfte Wettbewerb hatte die bruttó Verkaufspreise um 24–37% absinken lassen. Die Preisanalysekommission konnte in dieser Angelegenheit keinen konkreten Vorschlag unterbreiten. Die Kommission erklärte, daß ein Eingriff bezüglich der Preiskalkulation nicht durchführbar sei, weil ein Teil der Fabriken ganz neu, modern und dementsprechend auch ihre Produktion wesentlich billiger sei. Anderen Fabriken aber, wie die Kohlensäurefabrik Favorit, wurden noch 1911 gegründet. So produzieren sie wegen ihrer Überholtheit wesentlich teurer.³

Die Stilllegung der Fabriken als Begleiterscheinung des Umsichgreifens der Monopole war sehr häufig. Obwohl über das Recht zur Gewerbeausübung so viele Worte gebraucht wurden griff die Kartellkommission bis dahin noch in keinem einzigen solchen Fall ein. Der Fall des Dampfziegelkartells der Miskolcer Gegend zeigte auch, wie die Vereinigung von

zwei Fabriken – der Miskolcer Dampfziegelfabrik AG und der Putnoker Baumaterielindsutrie AG – noch um das Jahr 1920 herum nach kurzem, aber ungleichem Wettbewerb die Görömbölyer Ziegelfabrik AG bankrott machte. Nach dem Eintritt des Konkurses hat das Kartell die Ziegelöfen der Görömbölyer Fabrik in Pacht genommen, und die zwei Fabriken haben die untereinander abgeschlossenen Kartellvereinbarungen bezüglich der Produktionskapazität weiter eingehalten. Es wurde von der Preisanalysekommission auch da keinerlei Eingriff vorgeschlagen.⁴ Der Staat sah nirgends einen Grund zur Einmischung, ausgenommen einige skandalöse Fälle.

Das Beispiel der Vernichtung und Nichtverwendung der Technik sehen wir im Falle der Szegeder Vereinigten Paprikaanlagen. Das durch Vereinbarung zustandegebrachte Monopolorganisation ist am 1. Februar 1930 gegründet worden. Im Kartellvertrag wurde das Ziel die Beseitigung der unseligen Verhältnisse angegeben. Die Mühlen arbeiteten 1932–33 insgesamt mit 105 Steinpaaren. Im gleichen Jahr hat man in der Saison 300 Waggons gemahlen, während vor der Abschließung des Kartells jährlich 220–225 Waggons gemahlen wurden. Die Preisanalysekommission strebte eine Auslese an, womit der Kartellvertrag die Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten des Unternehmens günstig gefördert hat. Einige hier vorkommende Angaben beweisen aber auch das Gegenteil. Die Experten schätzen nämlich die mittlere Kapazität der 106 Steinpaare für die Dauer der Saison auf 650 Waggons.⁵ Die Gegenüberstellung der Zahlen beweist also, daß ein bedeutender Teil der Mühlen vereinbarungsmäßig stillgelegt wurde. Der Bericht besagt, daß die Vereinigten Szegeder Industrieanlagen auch die provinziellen Mühlen unter ihren Einfluß hielten, so die Mühle Merkur in Bática, die Pissersche Mühle in Faiszt und die Goldmühle in Foktó. Der Einfluß auf diese Mühlen mußte darum ausgedehnt werden, weil sie anstatt des Kartellpreises von 16 Pengő für 14 Pengő gemahlen haben. Das Ergebnis der Beseitigung des unseligen Wettbewerbes war, daß man einheitlich die Mahlgebühr von 16 Pengő einführte. Der Wettbewerb unter den Mühlen hatte oft zur Folge, daß es durch Kartellvereinbarungen auch zur Betriebsstillegung kam. Nach der Ausschaltung des Wettbewerbes begannen die Verhandlungen mit der sogenannten Großmann Mühle, und nach der erfolgreichen Vereinbarung wurde die Mühle gegen eine Bonifikation von monatlich 1500 Pengő außer Betrieb gesetzt.

Die Unternehmen Albus Seifenfabrik, die Erste Ungarische Stearin Kerzenfabrik AG, die Hutter und Lever AG, die Kőbányaer Bierbrauerei und die Sankt Stefan Nahrungsmittelfabrik AG vereinigten sich in einem Glycerinkartell. Das Ziel des Kartells war die Stabilisierung der Preise. Das Glycerinkartell legte aber sofort in der Sekunde seines Entstehens das Fundament eines Kartells der Glycerinabnehmers. Diese Organisation wurde am Anfang der Dreißigerjahre gegründet, und ihre Mitglieder waren die Industriesprengstoff AG, die Nitrochemiewerke AG, die Arzneigroßhändler und die kosmetischen Fabriken. Zum Eingriff des Kartellgerichtes konnte es natürlich nicht kommen.⁶

Sensationelle Skandale entfesselten sich im Bäckerkartell um die Perr-Gesellschaft.⁷ Diese Angelegenheit wurde durch die Kartellkommission entscheiden. Das Kartell wurde am 25. September 1934 gebildet, und obzwar es in der Mehrheit unbedeutende Unternehmer vereinigt hatte, trug es doch in großem Maße zur Kapitalkonzentration bei. Das Kartell hatte mehr als 600 Mitglieder, wodurch sich seine Wirksamkeit auf das ganze Gebiet von Budapest und sogar auf die Vorstädte ausgedehnt hat. Das Kartell verfügte auch über ein Ständiges Gewähltes Gericht. Die Ständige Kommission des Kartells (große Kommission) erschuf sich mit der Festigung seiner Macht für den Direktionsrat einen Fonds von 40 000 Pengő, womit sie nicht verrechnen mußte. Eine Begleiterscheinung der Bestrebungen des Kartells war die massenhafte Liquidierung der in schwachen Händen befindlichen Werkstätten, die von den Gläubigern gekauft oder in Einverständnis mit den Gläubigern stillgelegt wurden.

Charakteristisch für die Ausdehnung des Wirkungsbereiches des Kartells ist, daß es später auch mit den Mühlen Vereinbarungen abgeschlossen hat, laut deren von ihnen das Kartell eine Bonifikation von 1/2% bekommen hat. Das Ergebnis einer infolge eines Zwischenfalls begonnenen Untersuchung war, daß der Preis einiger Gebäcke behördlich festgesetzt wurde. Die betroffenen Backwarenarten wurden aber vom Kartell nach einigen Wochen durch Backwaren, deren Preis nicht geregelt war, abgelöst.

Eine bedeutungsvolle Angelegenheit stand auf der Tagesordnung der Kartellkommissionsitzung vom 28. Juni 1934, nämlich der Fall des Boykotts gegen die Rex AG. Das Unternehmen Rex hatte in Debrecen einen Arzneibetrieb und in Budapest eine Großhandlung. Solange die Rex AG nur Großhandlung war, konnte sie ihre Handelstätigkeit in Ruhe ausüben, diese Ruhe hielt nur solange an, bis in Debrecen der Produktionsbetrieb für Arzneien gegründet wurde. Als Großhandlung bekam die AG ihre Ware von den Unternehmen Chinoin und Richter und, da sie keine Konkurrenz bedeutete, mit 15% Rabatt (begünstigter Großhandelspreis). Als die Rex AG zum Konkurrenzunternehmen wurde, traten Chinoin und Richter gegen sie sofort als Gegner auf. Rex AG wurde vor allem aufgefordert, ihre Produktionstätigkeit einzustellen. Später, als diese Aufforderung erfolglos blieb, wurde ihr im Dezember 1932 die Großhandelsbegünstigung entzogen. Die zwei Unternehmen haben später (ihr Kartell) ihre Macht auch den anderen Handelsunternehmen aufgezwungen, was letzten Endes eine boykottartige Vereinbarung gegen die Rex AG war. Der bestehende Boykott wurde noch dadurch verschärft, daß auch die mit der Rex AG in Kartell stehenden Händler bedroht wurden, falls sie der Rex AG Ware liefern würden. Im Falle einer Vermittlung wären auch diese Unternehmen boykottiert worden.⁸

Eine verflochtene Kartellformation können wir im Falle des Radiatorenkartells sehen. Zur Herstellung verschiedener Heizanlagen entstanden 3 verschiedene Kartelle, die aber fast von denselben Unternehmen gebildet waren.⁹ Die erste Kartellformation bezog sich auf Gußeisenradiatoren

und Rippenrohre. Seine Mitglieder waren die Ungarische Radiatorenfabrik in Vác, die Strebel-Werke Gesellschaft m. b. H. Budapest, die Weiß Manfred Stahl- und Metallwarenfabrik AG Budapest. Die Mitglieder der anderen Kartellformation waren dieselben, nur der Gegenstand des Vertrages war ein anderer, und zwar das Herstellen und der Vertrieb von Gußeisenkesseln. Die dritte Kartellformation bezog sich auf die Erzeugung von Eisenkesseln mit mechanischer Heizung und entstand zwischen den Unternehmen Ganz und Kompagnons AG, Lang Maschienenfabrik AG, Maschienenfabrik István Röck und Erste Brünnner Maschienenfabrik. Die Preisanalysekommission konnte mit den Kartellen sozusagen nichts anfangen, obwohl sie mit einer Preiserhöhung von 20–25% beschuldigt waren. Zur Einmischung konnte es auch hier nicht kommen. Ebenso erfolglos blieb die Untersuchung im Falle des Kerzenkartells, welches im August 1932 entstand, und dessen Mitglieder die Fabrik Flóra, die Budapester Kerzenfabrik, das Unternehmen Breier in Vécse und die Erste Sátoraljaújhelyer Paraffinraffinerie und Kerzenfabrik waren.

Ein besonderes Bild zeigte das Stahl- und Eisenkartell, das gleichzeitig Erzeugungs- und Verkaufskartell war. Das Erzeugungskartell war letzten Endes ein internationales Kartell, dessen ungarisches Mitglied, die Weiß Manfred AG in Ungarn eine Monopolstellung einnahm. Innerhalb des internationalen Kartells wurde der Weiß Manfred AG eine fixe Quote festgesetzt, aber sie durfte Eisenrohre nur bis einem Durchmesser von 318 mm erzeugen. Die Weiß Manfred AG versorgte hauptsächlich den inländischen Markt, aber im Vergleich zu ihrer Quote exportierte sie eine bedeutende Menge auch ins Ausland. Die Erzeugung der Rohre mit größerem Durchmesser als 318 mm war den ausländischen Mitgliedern des Kartells vorbehalten und sie deckten auch den ungarischen Bedarf. Den Bedarf der Eisenbahn, der Fabriken, der Bergwerke versorgte Weiß Manfred unmittelbar, für den weiteren Warenverkehr kam ein ausgedehntes, aus 6 Mitgliedern bestehendes Kartell zustande. Zu der der Entstehung des Kartells folgenden Preiserhöhung sagte die Preisanalysekommission, daß sie verhältnismäßig unbedeutend sei.¹⁰

Eine ganze Reihe der Klagen wurde gegen ein altes Kartell, das Erdölkartell laut. Bei Preisprüfungen stellte sich heraus, daß die Mitglieder des Kartells, die Vacuum Oil Company, die Shell, die Ungarische Erdöl AG Athena, die Ungarisch-Belgische Erdöl AG, die Budapester Erdöl AG, die Heimische Erdöl AG, die Ungarische Fantowerke AG, die Erdölraffinerie AG, die Petroleum AG in Nyírbogdán, die Ungarische Öl- und Chemiewerke AG, die Petroleum AG in Szöreg waren¹¹. Die Ungarische Petroleumindustrie AG stand außerhalb der Kartelle. Die Preisüberprüfungen, weiter kam es in der Angelegenheit nicht stellte fest, daß die Schwierigkeiten unlösbar seien.

Für die Methode der Monopole ist die Bestrebung der zum Fliesen- und Kachelkartell gehörenden Unternehmen charakteristisch. Das Kartell kam im Januar 1934 durch einen Boykott zustande. Gegen den Alt-Ofener Unternehmer Franz Balogh leiteten 3 große Produktionsunternehmen, die Budapester (Zsolnai) Porzellan- und Fayenzefabrik AG, das

Unternehmen Budapester Steinkohlenwerk und Ziegelfabrik und die Lloyd Keramikfabrik AG einen Boykott ein. Die Ursache des Boykotts war, daß der Unternehmer auch mit Glaskacheln zu arbeiten begann.

Zur Beschränkung des Warenverkehrs kam das Wolfner, Mautner, Fried Ledermonopol zustande. Seine Mitglieder waren die stärksten Vertreter der ungarischen Lederproduktion, und ihr gesetzlich anerkannter Vertrag richtete sich gegen die Erste Pécsér Lederfabrik. Aus den Akten der Sitzung der Kartellkommission vom 13-ten Januar 1932 geht hervor, daß auch die Pécsér Lederfabrik, von gleichen Zielen geleitet, mehrere kleinere Unternehmen monopolistisch zusammenhalten versucht hat.

Dem Kartell Textmalt gelang es auch in den schwersten Jahren der wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Preissteigerung von 40% zu erreichen. Das quotale und Preiskartell der Kőbányaer Bierfabrik AG, der Sankt Stefan Nahrungsmittel AG und der Wagner Arzneifabrik konnte durch die Produktion, den Vertrieb und die Preisbeschränkung der zum Textilfärben und zur Bleiche nötigen unentbehrlichen Rohstoffen einen außerordentlich hohen Profit erreichen.¹²

Den Untergang der kleineren Handels- und Industriebeteiligungen zeigte sehr anschaulich das Beispiel des Zement- und Kalkmonopols, welches durch die Ungarische Allgemeine Steinkohlenwerk AG geleitet wurde. Außer ihrem auf Ungarn beziehenden Vertrag schloß das Monopol auch mit ähnlichen Unternehmen der Nachbarländer solche Vereinbarungen ab, die verboten haben, vom Ausland nach Ungarn bzw. von Ungarn auf die Märkte der verschiedenen Nachbarländer solche Warenmengen zu liefern, die einen Wettbewerb hätten verursachen können.

Unter den gewaltsamen Mitteln der durch die Rechtspraxis und Gesetzgebung legalisierten Monopole heben sich die Verträge hervor, welche die schwächeren Konkurrenten auch von den durch das Zivilrecht gesicherten traditionellen Mitteln beraubt haben, und die so den großen Monopolen untergeordnet haben. Der Punkt 11/a der Vereinbarung zwischen der Ungarischen Gummiwarenfabrik und der Dorog und Theiß Gummifabrik AG nahm den Mitgliedern die Möglichkeit, gegen die Entscheidung des gewählten Gerichts ein Rechtsmittel ergreifen zu können. Diese Umstände zeigen den tatsächlichen Wert des § 784 der Zivilprozeßordnung, wonach der Annulierungsprozeß gegen den Urteil des gewählten Gerichts vertraglich nicht ausgeschlossen werden konnte.¹³

Das im Jahre 1930 ausgegebene Rundschreiben des Glühlampenmonopols wollte auch das Handelskapital mit gewaltsamen Mitteln unterordnen und betonte, wenn auch ohne Sanktion, daß die Unternehmen Dunavölgyi AG, Mavatt, der Betrieb Metzner, das Unternehmen Czwach I. und Kompagnons ihre Abnehmer nur dann mit Ware versorgen würden, wenn man die durch das Monopol gestellten Bedingungen einhalte.¹⁴ Mit gleichen Mitteln zwangen die zwei führenden ungarischen Fabriken Rimamurányi und Weiß Manfred die ganze Kaufmannschaft zur Einhaltung ihrer Bedingungen. Später, als sie auch mit dem Verhalten der letzten Konkurrenz, der Staatlichen Diósgyőrer Eisenfabrik nicht zu-

frieden waren, wurde auch dieses vom Staat unterhaltene Unternehmen in den Rahmen des die Preise ständig erhöhenden Monopols gepreßt.

Es hatte sozusagen fast jedes größere Monopol mit einem ungarischen oder ausländischen Bankhaus unmittelbare Beziehungen. Formell blieben die Unternehmen des Monopols im meisten Fall unabhängig, aber in der Wirklichkeit übernahm unter dem Schutz eines Konzerns eine Bank zum größten Teil auch das Eigentumsrecht. Solch einen Fall zeigt uns das Schicksal des bereits im Jahre 1914 existierenden Eisenmonopols, das mit Hilfe der Pester Ungarischen Handelsbank 5 Unternehmen verbunden hat. Dieses Konzern war 1927 unter dem Namen Budapester Eisverkauf AG schon gänzlich das Mittel der Bank.¹⁵

Die zur Beschränkung des wirtschaftlichen Lebens bestimmten Organisationen haben aber den Wettbewerb untereinander doch nicht ausgeschlossen, sondern es geschah das Gegenteil, der Wettbewerb des Monopolkapitals hat sich unter viel verschärfteren Umständen sowohl um die noch nicht erworbenen Märkte, als auch gegeneinander fortgesetzt. Das sich übrigens in bescheidenem Rahmen bewegendes ungarische Wirtschaftsleben kann uns auch zahlreiche Beispiele zeigen. Das Handelsmonopol der elektrischen Artikel hat im Jahre 1932 — durch einen Beschluß des Gewählten Gerichts unterstützt — seine Mitglieder verpflichtet, einen großen Betrag als Kautions für den Fall zu deponieren, wenn einer der Mitglieder den durch die Verletzung der Beschlüsse des Monopols nötig gewordenen Entscheid des Gewählten Gerichtes bestreiten würde.¹⁶

Das im Jahre 1929 ins Leben gerufene Oxygenmonopol hat von der ersten Minute seiner Existenz gegen die die Unterstützung der Mittel- und Kleinunternehmer genießende Amylum Oxygenverkaufs-AG einen harten Kampf geführt. Es entstand eine sehr interessante Situation, als die führenden Oxygenerzeuger unter dem Schutz der Ungarischen Oxygenverkaufsgenossenschaft gesetzlich anerkannt wurden, obwohl die Mehrheit der Mittel- und Kleinunternehmer — wegen ehrlicherer Preisangebote — in erster Linie die entgegenstehende Amylum AG unterstützt haben.¹⁷ Den sich trotz der Monopolisierung verschärfenden Konkurrenzkampf zeigt, daß die drei vereinigten ungarischen Leimfabriken auch nach dem Abschluß des Monopolvertrages die größten Firmen besser mit Ware versorgt haben, was dann einen weiteren inneren Streit zwischen den Mitgliedern innerhalb des Kartells und den leitenden Kartellmitgliedern wie Izsak Kreyer zur Folge hatte. Der Beschluß des im Jahre 1932 offene Gewalt anwendenden Monopols, laut dessen sich die Partner im Voraus verpflichten, auf die Inanspruchnahme irgendeines Rechtsmittels zu verzichten, begegnete ebenfalls der Zustimmung der Kartellkommission. Diesen Beschluß hatten sich die Ungarischen Gummifabrik und einige ihrer Kompagnons im Vertrag ausbedungen. Ein anschauliches Beispiel des verschärften Kampfes spielte sich beim Reismonopol ab, wo die Unternehmen mit italienischer Beteiligung gegen die stärksten ungarischen Unternehmen der Mühlenindustrie im Kampf standen und sich schließlich 1933 zu einem Monopol zusammengeschlos-

sen haben, das ein Preiskontingent enthielt und strenge Produktionskontingente gesichert hat.¹⁸

Massenhaft kamen Monopole zustande, die infolge der Monopollage der heimischen Produktion und des Handels, die Preise durch mehrseitige Sicherung über dem Weltpreis zu halten versuchten. Die Unternehmen Hungaria AG, Metalloglobus, Orion AG, sicherten sich den ungarischen Markt auch den ausländischen Unternehmen gegenüber, aber gleichzeitig warfen sie ihre Waren in Bulgarien, mit Hilfe des auf dem inländischen Markt erworbenen Kapitals, zu einem Dumpingpreis auf den Markt. Neben dem kostspieligen Manöver im Ausland besaß das Monopol auch dazu noch die Kraft, das Keckskeméter Unternehmen der Metall und Erz AG Wien als Konkurrenzunternehmen gegen einen Rembours von 30 000 Pengő stillzulegen.¹⁹

Ebenfalls auf dem Gebiet der Chemieindustrie entstand unter der Leitung der Hungaria AG ein geräumiges gebietsicherndes Abkommen, in dem die Hungaria AG den inneren Markt hinsichtlich des Preises der Schwefelsäure durch mit den ausländischen Firmen abgeschlossenen „desinteressement“ Verträge geschützt hat. Das Abkommen mit der Firma Dynamit N. Wien gibt einen Rembours von 14 000 Pengő an, und man kann annehmen, daß zahlreiche auf ebensolcher Grundlage abgeschlossene Verträge Rembours von großen Beträgen in sich eingeschlossen haben. Das hier investierte mächtige Kapital hat natürlich bei den inländischen Preisen eingerechnet werden müssen. Das von Weiß Manfred geleitete Eisenwarenmonopol hat auch durch die Monopolisierung des inländischen Marktes einen unverhältnismäßig großen Profit erzielt: Binnen zweier Monate nach der Gründung der Kartellformation wurde eine Preiserhöhung von 25–30% erreicht.²⁰

Mit dem Erscheinen der neuen Krisenzeichen strebte der Staat danach, die Politik des wirtschaftlichen Numerus clausus auf sich zu nehmen. Auf mehreren Gebieten der Produktion wurden gleichbedeutende Verordnungen herausgebracht, deren Umgehung aber den konkurrenzfähigen Unternehmen keine besonderen Schwierigkeiten machte. Besonders die ausländischen, deutschen Unternehmen schützten sich gegen den Numerus clausus dadurch, daß sie keine neuen Betriebe gründeten, sondern das Grundunternehmen erweitert haben.²¹

Wie auch immer das bürgerliche Staatssystem beschaffen ist, das die Neugeburt der Produktionskonkurrenz zu verhindern versucht, es gerät doch mit der gesetzmäßigen Entwicklung des kapitalistischen wirtschaftlichen Systems in Konflikt. Lenin lehrte, daß der Kapitalismus zur Wiederholung desselben Produktionsprozesses im vorherigen Ausmaß, unter unveränderten Bedingungen nicht fähig ist.²² Mit der Stilllegung der Fabriken ist es also im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorzubeugen.

Von den Monopolorganisationen der Vorkriegsjahre hoben sich die hervor, welche auf dem Gebiet einzelner Waren über alleinige Herrschaft verfügten. Im Jahre 1938 finden wir unter den industriellen Unternehmen: die Eisenwarenfabrik Weiß Manfred, das Rimamuranyer–Salgó-

tarjánér Eisenwerk, die Chemieindustrie AG, die Hungaria Kunstdüngerfabrik, die Arzneifabrik Richter, die Péter Nitrogenwerke, die AG Flóra, das Unternehmen Hidroxige, Chinoin und andere Unternehmen.²³

Das Rechtsleben konnte in diesen Jahren der schnellen Umgruppierung der Monopole, ihren zeitweiligen Abstellung und Wiedererweckung nicht folgen. Die einzelnen leitenden Produktions- und Finanzkonserne waren mit ihren inn- und ausländischen Verbündeten durch zahlreiche Verträge verbunden. Der internationale Markt, weiter die stürmischen Veränderungen der Kriegswirtschaft haben täglich Dutzende dieser Verträge umgestoßen, und es blieben von ihnen nur die hinter den Verträgen fixierten Klauseln, die geheimen Vereinbarungen. Im Jahre 1938 berichtete eine Meldung der Kartellkommission, darüber, daß es fast 800 solche Monopole gäbe, deren Vertragsverhältnisse sich seit dem Jahre 1931 aufgelöst hätten.²⁴ Diese wurden als endgültig aufgelöste Monopole betrachtet, in der Wirklichkeit entstanden aber anstatt ihrer neue Monopole. Eine sehr oft vorkommende Erscheinung war in diesen Jahren die Isolationsvereinbarung. Zur Überwältigung der stärkeren Konkurrenten wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, auf Grund deren die Tätigkeit der Unternehmen in der Produktion, im Handel, im Kreditleben unmöglich gemacht wurde, die die Preis- oder Produktionsrichtung der Monopole beeinträchtigen wollte.

Ich möchte noch ein bedeutendes Monopol erwähnen, das den Grund seiner Entstehung in der Verschuldung der Käufer und in den unsicheren Kreditverhältnissen angegeben hat, das war das Tuchkartell. Es hat lange Zeit hindurch mehrere bedeutende Unternehmen mit kartellähnlichen Vereinbarungen verbunden. Seine Mitglieder waren die Erste Ungarische Woll AG, die Erste Ungarische Filz- und Tuchfabrik AG, die Györer Woll- und Tuchfabrik AG, die Ungarische Kammspinnerei und Weberei, die Ungarische Tuchfabrik AG, die Györer Richards Richard Feintuchfabrik, die Soproner Teppich und Textilwerke AG, die Ujpester Tuchfabrik AG, die Uwg Ungarische Webwarenfabrik AG. Das Ziel des Kartell war die Sicherung von einheitlichen Verkaufs- und Zahlungsbedingungen (conditio Kartell). Die Bedingungen enthielten letzten Endes dem schwer zahlenden Käufer gegenüber eine Boykottandrohung, und der Kartell versuchte, den unter den Mitgliedern bestehenden Wettbewerb abzuschwächen. Seine Bedeutung wird dadurch betont, daß sich schon in dieser Zeit ein jedes Mitglied des Kartells gewissermaßen mit ernster wirtschaftlichen Kraft bemerkbar gemacht hat.

Es wurde in der Wirtschaftsführung der Kriegsjahren absolut üblich, daß sich der Staat für das Kriegspotenzial neue Monopole gründete. Die infolge des Krieges nötig gewordenen wirtschaftlichen Notverordnungen, wie die Verordnung Nr 28 000/1940 des Industrieministeriums, waren noch gar nicht erscheinen, aber im Hintergrund stand dem Staat zur Abwicklung der Aufgaben schon eine umfangreiche Monopolorganisation zur Verfügung. So funktioniert ein das ganze Land umfassendes Alteisemonopol. Die Monopolorganisation, welche scheinbar als ein selbstständiges Unternehmen funktionierte, hielten die zwei größten Eisen-

werke des Landes die Rimamurány-Salgótarjánér Eisenwerke AG und die Weiß Manfred Stahl- und Metallwerke AG in ihrer Hand. Ihr Vermittler die Ungarische Eisenwarenhandlung AG betätigte sich geschäftlich anscheinend selbständig, aber in der Wirklichkeit war die AG nur der Vermittler der zwei leitenden Unternehmen.

* * *

Ich konnte von den entstandenen und legalisierten Monopolen der Anschaulichkeit wegen nur einige hervorheben. Ihre Erwähnung als Beispiel will auf die noch offenen Fragen des Kartellstreites und letzten Endes des fortgeschrittenen Zustandes der Entwicklung der ungarischen Monopole eine Antwort geben. Die staatlichen Mittel der Kartellprobleme wünschten zu bestätigen, daß das eingebrachte Kartellgesetz in der Tat die Legalisierung der im gesellschaftlichen Leben übrigens nicht anerkannten, oft nach Vernichtung der Existenz der Unternehmer strebenden Handlungen ist. Das Kartellgesetz wurde also zum Mittel der Monopole, und die klangvollen Ausdrücke wie das Gesetz vom Allgemeinwohl blieben nur leere Phrasen, das werktätige Volk hatte davon keinen Nutzen. Die Streitigkeiten um das Kartellgesetz waren die Kämpfe der kapitalistischen Monopole, in dem die Gewalt legalisiert wurde. Als Folge der Kämpfe verschwanden auch die letzten Überreste des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Was die ungarische Gesetzgebung anbelangt, so müssen wir sehen, daß die Interessenkreise der Grundbesitzer die aus der Elend des Volkes stammende allgemeine Stimmung ausgenutzt, an der kartellwidrigen Agitation sehr intensiv teilgenommen haben. Die Erschaffung des Gesetzes — begonnen mit der Entschließung zur Vorbereitung des Gesetzes — konnten sie aber als erster Faktor nicht mehr beeinflussen. Das Gesetz sah so aus, wie es den kapitalistischen Interessen entsprach. Das Scheingesez ist die Legalisierung der gewaltsamen Bestrebungen der wirtschaftlichen Herrschaft des Kapitals.

Das verhältnismäßig frühe Erscheinen des Kartellgesetzes unter den europäischen Gesetzen ist nicht etwa „der Ordnung des Rechtsstaates“ zu verdanken, wie man das darzustellen versucht hat. Die Nachahmung des deutschen Beispiels und der Dienst den ungarischen Monopolinteressen ist sehr leicht nachzubeweisen. Die Kartellrechtspraxis beweist das alles am besten, wie wir es bei der unerhörten Vermehrung der Kartelle nach der Geburt des Gesetzes sehen können. Auf Grund des Gesetzes wurde der sich auf die Vernichtung des Gegners richtende Boykott für zulässig erachtet, und überaus groß ist die Zahl der Klein- und Mittelunternehmen, die von den Monopolen unmerklich liquidiert wurden. Von diesen Unternehmen war weder im Gesetz, oder in der Rechtspraxis noch im öffentlichen Leben die Rede.

Die ungarische Rechtsfindung hing natürlich mit der Entwicklung der anderen kapitalistischen Länder eng zusammen. Die ungarischen herrschenden Schichten haben stolz propagiert, daß ihr Kartellgesetz auf der Welt unter die ersten Werke dieser Art gehört, obzwar die mit der Rechtsentwicklung eng zusammenhängende wirtschaftliche Ent-

wicklung vieler kapitalistischer Länder die ungarische Entwicklung weit hinter sich gelassen hat. Die kapitalistischen Länder brachten in dieser kritischen Epoche einer nach dem anderen ihre Kartellgesetze heraus und unterstützten die Ideologie des „krisenlosen Kapitalismus“ fast überall mit den selben hochklingenden Worten. So erschien in Dänemark das Gesetz Nr 70 vom 27. März 1929 über „Die Bewahrung des Rechts der Gewerbeausübung und Arbeit“, dann später das Gesetz Nr 139 vom 28. April 1931. In Bulgarien erschien am 23. Dezember 1931 das Gesetz über „Die Kontrolle der Kartelle und die Monopolpreise“. Auch das bulgarische Gesetz hat die Kartelle durch eine schriftliche Abfassung anerkannt. Im Jahre 1932 erschien auch in Italien ein ähnliches Gesetz. In Jugoslawien entstand 1934 unter dem Titel „Verordnung über die Kartelle“ ein Kartellgesetz, welches die Monopole dergestalt nostrifiziert hat, daß nur die ausgesprochen unerlaubten verboten waren. In Belgien entstand am 13. Januar 1935 das Gesetz Nr 62 „Verordnung über die gemeinnützliche Beschränkung der Produktion und des Vertriebs“. Die Einleitungsklausel dieses Gesetzes sichert den Monopolen mit ausschließlicher Herrschaft zu ihrer Entfaltung einen freien Spielraum. In Polen kam das Kartellgesetz am 28. November 1933 als das Gesetz 31/1933 der Polnischen Republik zustande. Das Gesetz enthielt „Die gegenseitigen Verpflichtungen, oder Kontrollen, welche die Produktion, den Vertrieb, die Waren, die Lieferungsbedingungen“ im Bergbauwesen, in der Industrie und im Handel regelten. In der Tschechoslowakei erschien am 12. Juli 1933 das Gesetz Nr 141. — In Deutschland wurde das Kartellgesetz vom Jahre 1923 mehrmals geändert. Eine der Änderungen stärkte die Monopole durch die Erschwerung eines Austritts aus dem Kartell. Das Gesetz vom 15. Januar 1933 ist unter dem Namen Zwangskartellgesetz bekannt. Das Gesetz ermächtigte den Wirtschaftsminister zur Verbündung ganzer Reihen von Unternehmen in Monopolen. So wurden die deutschen internationalen Monopole in ihren Weltmachtsbestrebungen rasch voran gebracht. Die USA traten durch das Gesetz NIRA vom 16. Juli 1933 auch auf den Weg der staatlichen Unterstützung der großen Monopole.

Wir können also sehen, daß mit der Verbreitung der Monopole die Rechtsfindung den wirtschaftlichen Erscheinungen folgte. In welchem Maß das Recht zum Mittel der Monopole wurde ist auch in Ungarn, wie in anderen kapitalistischen Staaten durch die nationale und internationale Macht der wirtschaftlichen Machthaber bestimmt worden.

FUSSNOTEN

¹ Landesarchiv, Posten 189/1932. Über dieses Thema sieh: Gestaltung der Rechtsverhältnisse kapitalistischer Monopole in Ungarn und die Kartellgesetzgebung. Rechtshistorische Abhandlungen. Heft 6. Budapest 1974. 156 – 178. pp.

² Landesarchiv, Posten 189/1934.

³ Der Bericht Nr. 51/1933 – V der Preisanalysekommission. Landesarchiv, Posten 189/II.

- ⁴ Der Bericht Nr. 51/1933 – L der Preisanalysekommission. Landesarchiv, Posten 189/II.
- ⁵ Der Bericht Nr. 428/1933 – V der Preisanalysekommission. Ebenda.
- ⁶ Der Bericht der Preisanalysekommission über die Untersuchung der Angelegenheit des Glycerinkartells. Ebenda.
- ⁷ Der Fall der Kisperster Firma Morgenstein. Nr. vom 27. Januar 1935 der Zeitung „Pesti Hírlap“.
- ⁸ Die Sitzung der Kartellkommission vom 20. Januar 1934. Landesarchiv, Posten 189.
- ⁹ Der Bericht 389/1933 – V der Preisanalysekommission. Landesarchiv, Posten 189.
- ¹⁰ Der Bericht Nr. 293/1933 – V der Preisanalysekommission. Landesarchiv, Posten 189.
- ¹¹ Der Bericht Nr. 1/1933 – E. der Preisanalysekommission. Landesarchiv, Posten 189.
- ¹² Die Sitzung der Kartellkommission vom 13. Juni 1932. Landesarchiv, Posten 189.
- ¹³ Die Sitzung der Kartellkommission im Januar 1932.
- ¹⁴ Landesarchiv, Posten 189/310.
- ¹⁵ Der Bericht Nr. 161/1933 – E der Preisanalysekommission. Ebenda.
- ¹⁶ Die Sitzung der Kartellkommission vom 13. Januar 1932. Ebenda.
- ¹⁷ Das Rundschreiben Nr. 1726/28. der Genossenschaft der Budapester Vereinigten Schlosser. Ebenda.
- ¹⁸ Die Sitzungen der Kartellkommission vom 17. März und 25. Juni 1932. Ebenda.
- ¹⁹ Vom Bericht Nr. V vom Jahre 1933. der Preisanalysekommission. Ebenda.
- ²⁰ Der Bericht Nr. 292/1933 der Preisanalysekommission. Ebenda.
- ²¹ Den Numerus clausus der Leinölproduktion bestimmte die Verordnung Nr. 2.2260/1938 des Ministerpräsidenten. Die Verordnung Nr. 4450/1938 des Ministerpräsidenten bestimmte den Numerus clausus der Mühlenindustrie.
- ²² S. *Lenin*: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Sämtliche Werke Band III. (o. 7.) Berlin.
- ²³ Von der Sitzung der Kartellkommission vom 17. Mai 1938. Landesarchiv, Posten 189.
- ²⁴ Von der Sitzung der Kartellkommission vom 17. März 1938. Ebenda.

CAPITALIST MONOPOLIES IN HUNGARY

Prof. Dr. PÁL HORVÁTH

(Summary)

It is a particularly topical issue today in legal science to explore the development of the commodity producing capitalist economy from the point of view of legal history. One of our most important tasks relevant to this field is the examination of legislation. The modern bourgeois society has brought revolutionary changes also in the development of law and these changes can be traced mainly in the domain of civil law. All essential moments of private law legislation were in close connection with the development of the modern capitalist economy. These connections were succinctly expressed in private law codes (in codified law). This gives an explanation why the science of legal history put the private law legislation in the centre of the investigation.

The demands of the modern capitalist economy were first of all laid down in civil law codes. In the course of time, however, the speedy development of economic life outgrew the civil law codes. It manifests itself in particular in the field of capitalist monopolization; its concrete outward forms (cartel, trust, syndicate etc.) emerged even in the most developed capitalist countries only in the second half of the 19th century. The appearance of monopolies immediately gave rise to anti-trust legislation. Even so legal practice was not able to, stop the monopolization impeding free competition.

In Hungary the capitalist monopolies came into being only in the last decades of the last century. In absence of private law code the judicial practice first tried to apply the trade law (p. 162 A XVII of 1884) and several criminal rules against cartels. Our researches

prove that this effort had no result at all. Therefore, the legislation began drawing up the anti-trust law as early as the end of the century. But this striving bore fruit only a few decades later, in the years of the world crisis (see A/XX of 1931). The results of the investigation show that in the background of the antitrust law there were hard struggles of the agricultural and industrial circles. Besides, it is obvious that the legislation was unable to cope with the monopolies. In this way the new anti-trust law resulted in the legalization of the monopolies. The great number of the revealed cartel contracts indicates the power of monopolies. The judicial practice could not restrict the capitalist monopolies even after the making of the anti-trust law. Consequently, this phenomenon too, contributed to the impossibility of performance of private law codification in Hungary.

КАПИТАЛИСТИЧЕСКИЕ МОНОПОЛИИ В ВЕНГРИИ

Д-р. ПАЛ ХОРВАТ

профессор

(Резюме)

Исследование развития капиталистического товарного хозяйства с точки зрения истории права имеет ныне особую актуальность в правовой науке. Из задач, относящихся к этой области очень важное значение представляет для нас изучение правотворчества. Современное буржуазное общество вызвало коренные изменения и в развитии права, и эти изменения обнаруживаются прежде всего в области гражданского права. Все существенные моменты создания частного права были тесно связаны с развитием современного капиталистического хозяйства. В кодексах частного права (в области кодифицированного права) эти взаимоотношения выражались концентрированно. Вот это объясняет, что наука об истории права ставила в центр своего исследования правотворчество по частному праву.

Требования современного капиталистического хозяйства были закреплены прежде всего в гражданских кодексах. Чрезвычайно быстрое развитие хозяйственной жизни однако со временем разрушило и рамки гражданских кодексов. С особой силой проявляется это в области капиталистической монополизации, конкретные формы которой (картель, трест, синдикат и т. д.) появились и в самых развитых капиталистических странах только во второй половине 19 века. Появление монополий сразу же вызвало законодательство против трестов (картелей). Правовая практика однако и этими средствами не могла прекратить монополизацию, тормозящую свободную конкуренцию.

В Венгрии капиталистические монополии были созданы только в последние десятилетия 19 века. За неимением кодекса частного права судебная практика вначале применяла против картелей закон об индустрии (ст. 162. 3. XVII. 1884.) и некоторые нормы уголовного права. Результаты нашего исследования доказывают, что эти стремления были полностью безуспешны. Поэтому уже в конце прошлого века приступили к подготовке закона о картелях. Эта работа однако лишь через некоторые десятилетия, в годы мирового кризиса хозяйства достигли результатов. (см. 3. XX. 1931 г.). Результаты исследования показывают, что за вынесением закона против картелей кроется острая борьба между сельскохозяйственными и промышленными сферами интересов. Явно далее, что законодательство бессильно было против монополий. Таким образом результатом нового закона о картелях стала легализация монополий. Большое количество обнаруженных договоров картелей показывает нам мощь картелей. Судебная практика же даже после вынесения закона о картелях не могла ограничивать капиталистические монополии. Итак и это явление способствовало в Венгрии невозможности кодификации частного права.